



EVANGELISCHE AKADEMIE

LOCCUM

05/04

## Religionen in der Stadt

Chancen für das  
urbane Zusammenleben

 LOCCUMER PROTOKOLLE 05/04

Herausgeberin  
Lidwina Meyer

## **Religionen in der Stadt**

**Chancen für das  
urbane Zusammenleben**

**Lidwina Meyer (Hrsg.): Religionen in der Stadt. Chancen für das urbane Zusammenleben, Rehburg-Loccum 2006.**

Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 13. bis 15. Februar 2004.

Tagungsplanung und -leitung: Dr. Lidwina Meyer

Redaktion: Dr. Lidwina Meyer

Sekretariat: Brigitte Runge

Endredaktion und Herstellung: Anne Sator

Das Loccumer Protokoll enthält Originalbeiträge der Tagung. Soweit diese auf Tonbandmitschnitten beruhen, wurden sie von den Autorinnen und Autoren überarbeitet und zur Veröffentlichung freigegeben.

© Alle Rechte bei den Autoren

Printed in Germany

Druck: GGP media on demand, Pöbneck

ISSN 0177-1132

ISBN 10: 3-8172-0504-X

ISBN 13: 978-3-8172-0504-2

Die Reihe **⌘ LOCCUMER PROTOKOLLE** wird herausgegeben von der Evangelischen Akademie Loccum. Bezug über den Buchhandel oder direkt über:

Evangelische Akademie Loccum

Protokollstelle

Postfach 2158

31545 Rehburg-Loccum

Telefon: 05766/81-119, Telefax: 05766/81-900

E-Mail: Protokoll.eal@evlka.de

## Inhalt

Lidwina Meyer	Die Rolle von Religionsgemeinschaften in der Stadtgesellschaft	7
---------------	--	---

### Stadt und Religionen

Albrecht Göschel	Megatrends: Wohin entwickeln sich die Städte?	13
------------------	--	----

Peter Noss	Religiöse Pluralität in den Städten. Vielfalt als Chance: Religiöse Gemeinschaften im Ruhrgebiet	27
------------	---	----

### Die Rolle religiöser Gemeinschaften: Zwischen Unsichtbarkeit und gestalterischem Potential

Herbert Schmalstieg	Die Rolle religiöser Gemeinschaften in der Stadt Hannover	47
---------------------	---	----

Michael Preis	Der Stadtteil Essen-Katernberg und die türkische Moschee	55
---------------	--	----

Annegret Reitz-Dinse	Die Rolle christlicher Kirchen in der Stadt	63
----------------------	---	----

Mustafa Yoldas	Die Rolle religiöser Gemeinschaften zwischen Unsichtbarkeit und gestalterischem Potential in Hamburg	67
----------------	--	----

Bekir Alboga	Das Konzept der offenen Moschee in Mannheim	71
--------------	---	----

**Religiöse Gemeinschaften und Stadtgesellschaft**

Thomas Schmitt	Integration durch Konflikt? Erfahrungen mit Moscheebauten in Deutschland	77
Barbara Berreßen	Projekt: Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland – Aktion Courage e. V.	87
Ismet Misirlioglu	Die Notwendigkeit von „Türöffnern“ für die Beziehung zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft	91
Leyna Özmal	Mentale Stadtentwicklung in Marxloh	93
Katrin Schuh	Öffentliche Feste als Ausdruck der kulturellen Identität in der Stadt	105
Ernst-Wolf Kleinwächter	Vernetzung über Projekte. Treffpunkt Religionen – Tag der Religionen	121
Ali Faridi	Vernetzung interreligiöser Projekte in der Stadt	125
Franz-Johannes Litsch	Buddha in Berlin. Die Integration des Buddhismus in die deutsche Gesellschaft	129
David Clark	The Role of Faith Communities in the City: Activities of the Leicester Council of Faith	141
Markus Ottersbach	Die Rolle religiöser Gemeinschaften als Akteure in der Stadtgesellschaft	145
Christoph Dahling-Sander	Die begrenzte Chance im Beitrag der Religionen für sozialen Frieden	163

**Anhang**

Tagungsprogramm	169
Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	173
Ausgewählte Loccumer Protokolle	177

Thomas Schmitt

## **Integration durch Konflikt? Erfahrungen mit Moscheebauten in Deutschland**

Wenn in Deutschland neue Moscheen gebaut werden, ist der stadtgesehliche Konflikt regelmäßig „inklusive“. „Kein Moscheeneubau ohne lokalen Konflikt“ könnte man als nur wenig übertriebene, wenn auch etwas reißerische Regel formulieren. Sind aber solche Konflikte immer nur als etwas Negatives anzusehen oder können von ihnen auch positive Effekte ausgehen? Haben die Konflikte möglicherweise ein Integrationspotential, so dass der im Alltag gemeinhin als negativ bewerteter Konflikt, eine gemeinhin psitive Folge haben kann, nämlich zur Integration von Migrantengruppn beizutragen? Thesen, die auf den ersten Blick paradox erscheinen, aber entweder gesellschaftliche Wünsche oder Befürchtungen formulieren, können schnell zu unhinterfragten modischen Selbstläufern werden. Deshalb wird diese These im folgenden nicht abstrakt, sondern anhand von verschiedenen Fallbeispielen behandelt. Ich greife dabei auf mehrere Fallstudien meiner Dissertationsschrift zurück, die sich mit Moscheekonflikten beschäftigte (Schmitt 2003; zgl. Dissertation TU München 2001/02). Bevor der Beitrag dementsprechend konkret wird und die Tücken einer allgemeinen Beantwortung dieser großen Frage nach der „integrierenden“ Wirkung von Konflikten deutlich werden, sei ein kurzer Ausflug in die sozialwissenschaftliche Theoriediskussion zu den Themen Konflikt und Integration gestattet.

### **Konflikt und Integration**

Denn die Frage, ob Konflikte neben negativen auch konstruktive Folgen haben können, ist alles andere als neu. Von verschiedenen sozialwissenschaftlichen Theorieansätzen wurde sie konträr beantwortet – wir haben es hier sozusagen mit einem Konflikt innerhalb der Sozialwissenschaften zu tun.

Für die Strukturfunktionalisten in der Tradition Talcott Parsons wurden Konflikte vor allem als Störungen im gesellschaftlichen Gleichgewicht interpretiert, vergleichbar mit einer Krankheit eines Organismus (Wasmuth 1992, S. 29). Ein solche negative Sicht des Konfliktes prägt vielfach auch das Alltagsverständnis von Konflikten.

Ein völlig anderes Bild entwickelte hingegen der Marxismus, für den soziale Konflikte in Form von gesellschaftlichen Widersprüchen und Klassenkämpfen den Motor geschichtlichen Fortschritts darstellten. Lewis Coser betonte im Rückgriff auf Georg Simmel und gegen Parsons, dass Vergesellschaftung und gesellschaftliche Integration nicht nur über gesellschaftlichen Konsens, sondern auch über Konflikte vermittelt werden könnten. Unter anderen formulierte Ralf Dahrendorf die Bedeutung von Konflikten für jeglichen sozialen Wandel (vgl. dazu Bonacker/Imbusch 1999, S. 81f.).

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung (1998, S. 133) stellt die Ambivalenz des Konflikts „als schöpferische und als zerstörerische Macht“ heraus. In dieser Ambivalenz erinnere der Begriff des Konflikts an das klassische chinesische Verständnis von *Krise*, welche zugleich eine Gefahr (im Hinblick auf eine mögliche Eskalation Richtung Gewalt) und zugleich eine Chance (im Hinblick auf eine Herausforderung als Wurzel schöpferischen Tuns) sein könne (a.a.O., S. 134).

Dieser kurze Ausflug in die sozialwissenschaftliche Theoriedebatte zeigt bereits, dass die These – interkulturelle Konflikte wie z.B. um Moscheebauten führten zu einer Integration von Migrantengruppen – keineswegs abwegig ist. Integration wird hier verstanden als eine Einbeziehung von Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen in elementare gesellschaftliche Teilsysteme (z.B. Arbeitsmarkt, Ausbildung), aber auch eine Teilhabe an der lokalen städtischen/kommunalen Gesellschaft, in der die eigene Gruppe/Organisation Beachtung findet. Die Gruppen sollen ihre Interessen artikulieren können und dabei ein Mindestmaß an Gehör finden; sie sollen mit etablierten Gruppen/Organisationen der Gesellschaft in Kontakt treten und dabei soll ein Austausch stattfinden (zu einer einführenden Übersicht über verschiedene Integrationstheorien vgl. z.B. Han 2000).

Die spannende Frage allerdings bleibt, inwiefern, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen und Umständen Konflikte um Moscheen ein Integrationspotential entfalten. Hierzu möchte ich, wie bereits angekündigt, im folgenden einige von mir näher untersuchte Konfliktfälle aus verschiedenen Städten befragen.

### Lauingen – Moscheebau fast ohne Konflikt

In der bayerisch-schwäbischen Kleinstadt Lauingen wurde Mitte der neunziger Jahre vom dortigen türkisch-islamischen Verein eine Kuppelmoschee mit Minarett errichtet. Vor den sozialwissenschaftlichen Schlussfolgerungen zunächst die Ausflüge ins Detail: Der Moscheebauprozess wurde maßgeblich vom dortigen Bürgermeister Georg Barfuß unterstützt. Dieser forderte die türkisch-islamische Gemeinde sogar explizit auf, eine Moschee mit Minarett statt eines unauffälligen Zweckbaus zu errichten. Der Bürgermeister besorgte ein städtisches Grundstück für den Neubau, eine ehemalige Schrebergartenanlage unweit des Stadtzentrums. Die Moschee befindet sich nun in einer solchen städtebaulichen Situation, dass sie einerseits entlang einer Ausfallstraße optisch gut zur Geltung kommt, andererseits keine Einwände von unmittelbaren Nachbarn gegen den Bau zu erwarten waren. Der Bauplatz war also bereits konfliktpräventiv gewählt. Zudem gelang es dem Bürgermeister im Vorfeld, eine breite Stadtratsmehrheit zur Zustimmung zum Bau zu bewegen. Er band die christlichen Kirchen in die öffentliche Unterstützung der Moscheebauprojekts ein, warb bei Gruppierungen wie der katholischen Frauengemeinschaft für das Bauprojekt und organisierte eine Vortragsreihe zum christlich-islamischen Dialog. Die Einweihung der Moschee wurde zu einem gesellschaftlichen Ereignis, dem ein Empfang für die Repräsentanten des öffentlichen Lebens im Rathaus voraus ging. Obwohl es in Lauingen auch latente Widerstände gegen den Moscheebau gab, hat es Barfuß durch eine geschickte, moderierende Politik verstanden, dem Ausbruch eines manifesten Konflikts zuvorzukommen. Gleichzeitig wurde der türkisch-islamische Verein zunehmend in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezogen, also: integriert. Die Initiativen dazu gingen dabei in erster Linie wieder vom Bürgermeister, in zweiter Linie von den Kirchen aus. Als eine neue Donau-Brücke, ein Kindergarten, eine Fabrik eingeweiht wurden, sprach neben dem katholischen und dem evangelischen Pfarrer auch der Imam der Moschee Gruß- und Segensworte. „Wir versuchen dort, wo es alle Menschen betrifft, auch alle Religionen einzubeziehen“, so Barfuß (Interview 1999, vgl. Schmitt 2003, S. 170).

Viele Besuchergruppen besichtigten bis heute die Moschee. Der damalige Vorsitzende des Moscheevereins berichtete mir 1999, dass er in seiner ehrenamtlichen Funktion erstmals auch eine christliche Kirche betreten habe. Die Institutionalisierung

rung des Moscheevereins war offensichtlich geeignet, auf beiden Seiten Blockaden und Hemmnisse zu überwinden: „Natürlich, wenn man uns einlädt, gehen wir natürlich. Aber zuvor [vor dem Moschee-Bau] hat uns niemand eingeladen, haben die deutschen Leute uns nicht bemerkt“ (Interview 1999).

Als ein Zwischenfazit lässt sich für das Beispiel Lauingen festhalten:

Sowohl der Bauprozess, als auch der sichtbare Moscheebau mit seiner bewussten architektonischen Gestaltung haben die Integration der islamischen Gemeinde in die städtische Gesellschaft wesentlich befördert. Maßgeblichen Anteil dazu hatte das moderierende, konfliktpräventive Handeln eines Schlüsselakteurs, nämlich des Bürgermeisters der Kleinstadt.

### **Gladbeck – Moscheebau mit Verzögerung**

Erst den zweiten Blick offenbart die Gladbecker Fallstudie einige Parallelen zu dem Moscheebauprozess in Lauingen. Anfang der neunziger Jahre blieben die Stadträte mehrere Jahre parteiübergreifend ausgesprochen zurückhaltend, was den Bauwunsch der türkisch-sunnitischen Muslime im traditionellen Arbeiterstadtteil Butendorf betraf. Mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens als Verzögerungsstrategie sollten die Baupläne erst einmal auf die lange Bank geschoben, vielleicht sogar verhindert werden. Im Stadtteil gab es zumindest latente Widerstände im Stadtteil.

Der Moscheeverein hingegen hatte bereits Anfang der neunziger Jahre, ausgelöst auch durch einen Generationswechsel in den Vorstandsämtern, einen Öffnungsprozess eingeleitet. Mit Veranstaltungen und kleinen Festen baute man Kontakte auf in Richtung der deutschen, christlichen Bevölkerung – eine Strategie, die sich zwar nicht kurzfristig, aber mit einigen Jahren Verzögerung mittelfristig auch für die islamische Gemeinde auszahlen sollte. Die Kontakte wurden befördert durch die Mittlerfunktion eines evangelischen Theologen, der als Islambeauftragter im entsprechenden Kirchenkreis tätig war. Dieser Theologe ist mit einer türkischen Muslima verheiratet und hatte damit einen direkten Zugang zu den Problemen des türkisch-islamischen Vereins. Später wurde seine Frau im Vorstand des Frauenbeirats des Moscheevereins tätig und sollte die Aktivitäten des islamischen Gemeinde und ihre Außendarstellung neben anderen Personen wesentlich mitprägen.

Der Durchbruch in Sachen Moscheebau gelang nach der Kommunalwahl 1994. Der CDU-Kandidat, der zuvor als Sozialdezernent der Stadt den Moscheeverein kennen gelernt hatte, löste den bisherigen Bürgermeister ab und setzte sich von Anfang an für eine zügige Umsetzung des Moscheebauprojekts ein.

Die öffentlichen Proteste, etwa auf einer Bürgerversammlung 1995, fielen deutlich geringer aus von manchen befürchtet. In Gladbeck war ebenso wie in Lauingen der Erfolg des Bauprozesses durch die moderierende Tätigkeit und – im positiven Sinne – Parteilichkeit des Bürgermeisters beeinflusst worden. Im Vorfeld hatte der islamische Verein seinen eindeutigen Willen zur Vernetzung in die Mehrheitsgesellschaft demonstriert und so einen wesentlichen Beitrag geleistet, um das „Eis“ auf Seiten der Stadtverwaltung und Stadtpolitik zu brechen. Konfliktreduzierung aufgrund des eindeutigen Willens zur Integration – könnte man als ein mögliches Fazit aus der Gladbecker Fallstudie ziehen. Umgekehrt war auch hier die ständig latent vorhandene Gefahr der Eskalation eines städtischen Konfliktes sicher eine der Antriebsfedern, die den Moscheeverein dazu veranlassten, den Kontakt zu Institutionen der Mehrheitsgesellschaft anzustreben.

### **Bobingen – Integration nach dem Konflikt**

In der bayerisch-schwäbischen Kleinstadt Bobingen ereignete sich in den 90er Jahren ein lang andauernder Konflikt um die Errichtung eines Minarets. Der türkisch-sunnitische Moscheeverein wollte sein Gebäude, ein umfunktioniertes Gasthaus am Rande der Kernstadt, um ein 23 Meter hohes Minarett erweitern. Doch Bürgermeister und Stadtrat, in dieser Frage parteiübergreifend geschlossen, versuchten über Jahre mit allen erdenklichen juristischen Mitteln, den Minarettanbau zu verhindern: Die Stadt verweigerte zunächst das Einvernehmen, legte später Berufung gegen ein für die Muslime günstiges Gerichtsurteil ein und versuchte schließlich im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens für eine Umgehungsstraße, das Minarett zu stoppen. Als auch die entsprechenden Regelungen des Bebauungsplanverfahrens gerichtlich außer Kraft gesetzt wurden, einigten sich schließlich 1997 die Muslim-Gemeinde, der Stadtrat und der Freistaat Bayern (der die Stadt in ihren Klagebemühungen weitgehend unterstützt hatte), auf einen Vergleich, welcher den Muslimen prinzipiell das Recht auf Errichtung eines Minarets auf dem Grundstück zugestand.

Während der Hauptkonfliktphase von 1992 bis 1997 bestanden zwischen der Muslimgemeinde und dem Stadtrat über weite Zeiträume keine Kontakte. Es handelte sich um einen „kalten Konflikt“ (vgl. dazu die Konflikttypologie bei Glasl 1992), in dem Befürworter und Gegner den direkten Kontakt vermieden, aber nichtsdestoweniger negative Konflikteenergien austauschten.

Erste Annäherungen zwischen Muslim-Gemeinde und Stadtrat gab es erst einige Zeit, nachdem der Konflikt formal gelöst war. Es wurde ein Netzwerk „Verständigung“ zwischen Muslim-Gemeinde, Stadtrat und den Kirchen geknüpft. Nach dem Anschlag des 11. September fand ein gemeinsames Gebet auf dem Bobinger Marktplatz unter Beteiligung der Muslim-Gemeinde statt.

Auf die Fragestellung dieses Beitrags hin formuliert: Integration – als Einbeziehung der Moscheegemeinde in die Strukturen der städtischen Gesellschaft verstanden – war in Bobingen also erst nach dem Konflikt möglich, nachdem es zu einer gewissen Beruhigung kam und auch einige der „Hauptkonfliktmatadoren“ durch Generationswechsel an der Stadtspitze und im Vorstand des Moscheevereins ausgetauscht worden waren. Der zeitliche Abstand zu dem Konflikt ermöglichte erst ein gegenseitiges Kennenlernen. Als sachliches Anliegen wurde in den Gesprächen auch die Frage des Neubaus einer repräsentativen Moschee – also nicht nur eines Minaretts – zwischen den ehemaligen Kontrahenten behandelt. Der Konflikt an sich wirkte nicht integrierend, sondern der auf beiden Seiten vorhandene Wille, diesen hinter sich zu lassen.

### Duisburg – verstärkte Integration durch Konflikt

In Duisburg ereigneten sich 1996/97 die bisher spektakulärsten Auseinandersetzungen um Moscheen in Deutschland. Zwei Moscheevereine aus dem Duisburger Norden hatten Ende 1995 beantragt, einmal wöchentlich per Lautsprecher zum Freitagsgebet in den öffentlichen Raum rufen zu dürfen. Darauf entbrannte ein heftiger innerstädtischer Konflikt. In Bürgerversammlungen und Ratssitzungen, Fernsehsendungen, Kirchengremien und Leserbriefspalten wurde um ein für oder wider gegen den öffentlichen islamischen Gebetsruf gerungen. Angeheizt wurde der Konflikt durch das Agieren eines evangelischen Pfarrers, der sich bereits in anderen Kontexten, als regionaler Vorsitzender der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evan-

gelium!“, mit letztlich religiös-fundamentalistischen Positionen einen Namen gemacht hatte. Der Zufall wollte es, dass sich eine antragstellende Moschee im Kirchensprengel seiner Gemeinde befand. Damit konnte sich dieser Pfarrer auch mit der Legitimation des räumlich Zuständigen Gehör verschaffen. In einer großformatigen Zeitungsanzeige in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung bezeichnete er das islamische Gebet als Unterwerfungsdemonstration und bekräftigte die Verschiedenheit der Gottesbilder von Christen und Muslimen.

Doch in Duisburg wurde keineswegs nur ein theologisch-religionswissenschaftlicher Disput ausgetragen. In diesem Fall konnte dieser Disput sogar beanspruchen, lebensweltlich relevant zu sein, da die Frage der Verträglichkeit der Gottesbilder zweier Religionen implizit mit dem Zusammenleben von Menschen in der Stadt verknüpft wurde. Darüber hinaus hatte sich in den industrienahen Stadtteilen des Duisburger Nordens ein ethnisch-kulturelles Konfliktpotential im Zusammenleben von Migranten und „Etablierten“ angesammelt, das sich beim Konfliktgegenstand Muezzin-Ruf entladen konnte. In Bürgerversammlungen zum Thema Muezzin-Ruf, deren Atmosphäre von Beobachtern als fast pogromartig erlebt wurde, wurde die hohe Emotionalisierung des Duisburger Konflikts deutlich. Der Muezzin-Ruf erschien als „Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“ oder, wie ein Autor der „Zeit“ schrieb, als Zeichen der „Schlüsselübergabe einer lange belagerten Stadt“ (vgl. Kruse 1997). Sowohl für die Stadtverwaltung und die politischen Parteien als auch die Kirchen und die Migrantenorganisationen kam zwar nicht die Debatte an sich, aber deren Heftigkeit und Unerbittlichkeit überraschend.

Die Vertreter der Muslimischen-Türken Union, der mitgliederstärksten Fraktion im städtischen Ausländerbeirat hatten vor allem die gesellschaftspolitische, weniger die theologische Bedeutung des Gebetrufs herausgestellt: Der Gebetsruf bedeute die Anerkennung von 60.000 Muslimen in der Stadt. Mehr oder weniger ultimativ wurde die Genehmigung des Gebetrufes bis zum nächsten Ramadan gefordert. Doch der Druck, der von Teilen der deutschen Bevölkerung in Richtung politische Parteien und Stadtverwaltung ausgeübt wurde, war stärker. Schließlich einigten sich Stadtverwaltung und Moscheegemeinden in einem „Kompromiss“, in dem die Moscheevereine zunächst auf den lautsprecherverstärkten Gebetsruf verzichteten. Zugleich wurden ihnen aber andere, überwiegend symbolische Zugeständnisse gemacht.



Nicht zuletzt wurde dabei eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Moscheevereinen und Stadtverwaltung vereinbart. Die Moscheegemeinden sollten sich, etwa durch Autorenlesungen oder Koranrezitationen, zunehmend der Gesamtgesellschaft öffnen. Umgekehrt sollte die Stadtverwaltung mittelfristig die Akzeptanz des Gebetsrufs in der Bevölkerung vorbereiten helfen. Arbeiterwohlfahrt und Stadtverwaltung initiierten ein Projekt „Verstehen lernen“, in dem u.a. ein kleiner Moscheeführer für Duisburg erstellt wurde, der sich vor allem an die deutsche Bevölkerung richtete. Als direkte Folge des Konflikts wurde auch die Zusammenarbeit zwischen evangelischen, katholischen und islamischen Gemeinden in Duisburg verstärkt. Dies gilt einerseits für die Kontakte in den Stadtteilen, andererseits auch für die gesamtstädtische Ebene; hier wurde die Zusammenarbeit in einem Projekt „Aufeinander zugehen – miteinander leben“ institutionalisiert.

Für den Duisburger Konflikt gilt also geradezu idealtypisch, dass der intensive städtische Konflikt auch zu einer verstärkten gesellschaftlichen Integration von Migrantengruppen beigetragen hat. Die Duisburger haben dabei nicht „bei Null“ angefangen, sondern konnten auf bestehende Dialogtraditionen in der Stadt zurückgreifen. Diese wurde durch den Konflikt nicht abgebrochen, sondern durch die paradoxe Intervention des Konflikts qualitativ und quantitativ entscheidend verstärkt. Es machten sich aber auch andere Prozesse bemerkbar: Der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) haben sich in den letzten Jahren in Duisburg zunehmend aus Dialogveranstaltungen wieder zurückgezogen – einer der Gründe hierfür mag das schlechte Image in Presse und Öffentlichkeit beider Verbände sein.

### Integration durch Konflikt? Eine kurze Konklusion

Integration durch Konflikt ist, wie an den Fallstudien deutlich wurde, ein mögliches, aber kein automatisches Ergebnis einer interkulturellen Auseinandersetzung. Damit es tatsächlich zu einer weiteren gesellschaftlichen Einbeziehung von Migrantengruppen kommt, müssen weitere Faktoren hinzukommen. Dazu gehören möglicherweise strukturelle Rahmenbedingungen, vor allem aber – die Fallstudien legen das nahe – engagierte Personen in Schlüsselpositionen, die sich, sei es auf deutscher oder Migrantenseite, für eine verstärkte Zusammenarbeit und ein Zusammenleben

einsetzen. Integration erfolgt zum anderen über einen gelungenen Moscheebauprozess, wenn etwa die Lokalpresse über die Fortschritte und die künstlerische Gestaltung des neuen Sakralbaus berichtet, sowie andererseits über den Moscheebau selbst, der durch seine bewusste architektonische Gestaltung als Kristallisationsort für die muslimische Gemeinde, aber auch für Kontakte mit anderen Gruppen und Institutionen der Stadtgesellschaft dienen kann.

### Literatur

- Bonacker**, Thorsten Peter 1999: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, P./ Zoll, R. (Hg.) 1999: Friedens- und Konfliktforschung (= Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 1), Opladen 1999, S. 73-116.
- Galtung**, Johan 1998: Frieden mit friedlichen Mitteln (= Friedens- und Konfliktforschung Bd. 4), Opladen 1998.
- Glasl**, Friedrich 1992: Konfliktmanagement, Bern, Stuttgart 1992.
- Han**, Petrus 2000: Soziologie der Migration, Stuttgart 2000.
- Heiteyerm**, Wilhelm/Anhut, Reimund 2000a: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung, in: Dieselben (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim 2000, S. 17-75.
- Hohmann**, Réne 2003: Konflikte um Moscheen – eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen), Dipl.Arbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften ([www2.hu-berlin.de/stadtsoz](http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz), 1.2.2004), 2003.
- Hüttermann**, Jörg 2003: Der Konflikt um islamische Symbole zwischen lebensweltlich sedimentiertem Gastrecht und formalem Recht, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 2/2003, S.74-102.
- Kraft**, Sabine 2002: Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten (zgl. Diss., Marburg 2000), Münster 2002.
- Kruse**, Kuno: Wo der Muezzin ruft, in: DIE ZEIT, 29.8.1997.
- Lemmen**, Thomas 2001: Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft (zgl. Diss. St. Augustin 1999), Baden-Baden 2001.

- Schmitt**, Thomas 2002: Moscheen in deutschen Städten – Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung, in: Mayr, A./Meurer, M./Vogt, J. (Hg.) 2002: Stadt und Region. 53. Deutscher Geographentag Leipzig. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Leipzig, S. 338-348.
- Schmitt**, Thomas 2003: Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung (= Forschungen zur deutschen Landeskunde Bd. 252; zugl. Diss. TU München 2001/02); Flensburg.
- Schmitt**, Thomas 2004: Religion, Raum und Konflikt – Lokale Konflikte um Moscheen in Deutschland, in: Berichte zur deutschen Landeskunde Heft2/2004 (in Druck).
- Tezcan**, Levent 2000: Kulturelle Identität und Konflikt, in: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hg.) 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim 2000, S. 401-448.
- Wasmuth**, Ulrike 1992: Friedensforschung als Konfliktforschung. Zur Notwendigkeit der Rückbesinnung auf den Konflikt als zentrale Kategorie (= AFB-Texte der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn 1/1992), Bonn 1992.

Barbara Berreßen

## Projekt: Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland

Aktion Courage e. V.

Aktion Courage e. V. wurde 1992 von Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen, Vereinen und Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Lagern als eine Antwort auf den gewalttätigen Rassismus in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock gegründet. Im Laufe der Jahre wurden verschiedene Projekte initiiert mit dem Ziel, Menschen dazu zu ermutigen, sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen. Basierend auf der Erfahrung, dass Rassismus nicht nur aufgrund von ethnischer Herkunft existiert, sondern auch aufgrund von religiöser Zugehörigkeit, wurde von 1999 bis 2004 das Projekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“ durchgeführt. Das Projekt wurde von 1999 bis Ende 2002 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, die restliche Laufzeit vom Bundesministerium des Innern gefördert. Ziel des Projektes war es dazu beizutragen, den rund drei Millionen Muslimen in Deutschland zur gleichen gesellschaftlichen Anerkennung zu verhelfen, wie sie Christentum und Judentum haben.

Das Projekt erhielt zwei Auszeichnungen: eine durch den Bundespräsidenten Rau und eine weitere durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz.

In Berlin und Mainz wurde eine Vernetzung zwischen muslimischen Organisationen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft hergestellt. Zentral für die Arbeit in Berlin war der Arbeitskreis Berliner Muslime, der von 1999 bis 2002 bestand. Danach wurde die Organisation und Moderation, die bis dahin von Aktion Courage e. V. getragen wurde, an die Muslime weitergegeben, damit diese sich selbst organisieren. An dieser Stelle löste sich der Arbeitskreis Berliner Muslime auf. Er hatte aus Schiiten, Sunniten und (zeitweise) Aleviten bestanden. Die Nationalität der